

Typ. 8.10.13

Alles für die Großen

Gutachter stellt massive Fehler bei der Umwandlung von LPG-Eigentum fest. Deshalb könnte die Förderung zugunsten der Agrarindustrie überprüft werden

POTS DAM - 23 Jahre nach der Wiedervereinigung ist es für zahlreiche frühere Mitglieder von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in der DDR eine letzte Hoffnung. Beim Amt für Betrugsbekämpfung der EU-Kommission und beim brandenburgischen Landesrechnungshof könnte jetzt die jahrelange Agrarpolitik zugunsten großer industrieller Agrarbetriebe in Brandenburg auf den Prüfstand gestellt werden. Akten zu den Vorgängen sind bereits angelegt. Im Ernstfall müsste die Abwicklung früherer LPG-Betriebe und die Aufteilung des Besitzes neu aufgerollt werden.

Im Kern geht es um den Verdacht, dass durch die Untätigkeit der Behörden in Brandenburg zu Unrecht Millionensummen an Fördermitteln und EU-Agrarsubventionen an LPG-Nachfolgebetriebe geflossen sind. Grund sind Rechtsverstöße bei der Umwandlung der DDR-Agrarbetriebe, bei der einst zwangskollektivierte Bauern nach der Wende nicht an ihren Besitz gekommen sind. Fördermittel sind für Betriebe, die im Zuge der Umwandlung von LPG-Betrieben in Unternehmensformen nach Bundesrecht gegen die Gesetzesvorgaben verstoßen haben, ausgeschlossen. Weil die Behörden in Branden-

burg bis heute nicht auf die Einhaltung der Vorschriften wie die saubere Aufteilung des LPG-Vermögens unter den in der DDR zwangskollektivierten Bauern pochen, sind zahlreiche Scheinnachfolgebetriebe früherer Genossenschaften entstanden. Diese dürften als Rechtsnachfolger der betreffenden LPG juristisch nicht anerkannt werden und keine Fördermittel erhalten. In Brandenburg ist das jahrelang nicht



Bei der Ernte. Einzelne Bauern haben es nicht leicht, in Brandenburg überwiegen große Agrarbetriebe. Foto: Patrick Pleul/epa

durchgesetzt worden. Nach Berechnungen der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) geht es in Brandenburg seit 1993 um Summen von mehr als 300 Millionen Euro, die seit 1993 an EU-Agrarsubventionen ausbezahlt worden sind.

In ganz Ostdeutschland geht es um mehr als 1,5 Milliarden Euro, die offenbar unrechtmäßig an Agrarindustriebetriebe geflossen sind. Hinzu kommen Fördergelder von Bund und Land sowie Begünstigungen beim Erwerb von Flächen. Dabei können nach einem Grundsatzurteil des Obergerichtes Sachsen-Anhalt Fördermittelbescheide bei falschen Angaben zur Vermögensauseinandersetzung und nicht fristgerechter Auszahlung von früheren LPG-Mitgliedern zurückgenommen werden - und zwar in vollem Umfang.

In Brandenburg aber schritt die Landesregierung nicht ein, obwohl ihr das Problem lange bekannt und es in der Enquete-Kommission des Landtags zur DDR-Aufarbeitung wieder hochkam. Bereits 2002 hatte der Jenaer Rechtsprofessor Walter Bayer, der Landesverfassungsrichter in Thüringen ist, in einer Studie die Probleme bei der Neustrukturierung der LPG-Betriebe in den neuen Bundesländern of-

fengelegt. Besonders in Brandenburg gab es demnach wenig Interesse, die früheren Agrarstrukturen aus DDR-Zeiten aufzubrechen. „Rund elf Prozent der Umwandlungen waren mit derart schweren Mängeln behaftet, dass sie auf Grundlage der relevanten Rechtsprechung des BGH als unwirksam zu qualifizieren sind“, heißt es in einem neuen Gutachten Bayers für die Enquete-Kommission. Von den einst 350 LPG-Betrieben sei die Umwandlung bei 39 Betrieben gescheitert, stellte Bayer nach der Durchsicht der Akten in den Registergerichten fest. Dennoch haben diese Betriebe, von denen die meisten noch existieren, Subventionen und Fördermittel erhalten. Der Wissenschaftler hatte dieses Ergebnis bereits im August 2002 an das Agrarministerium weitergeleitet, die betroffenen Betriebe blieben anonym. Reagiert hat das Ministerium aber nicht. Parla-

mentarministerien aber nicht. Parla-

mentarministerien aber nicht. Parla-

Die Akten liegen jetzt bei den Kontrolleuren der EU

mentarministerien aber nicht. Parla-

mentarministerien aber nicht. Parla-

mentarministerien aber nicht. Parla-

mentarministerien aber nicht. Parla-